

Landwirtschaft und Natur passt das zusammen?

VON LUTZ RIBBE

Lutz Ribbe bezeichnet Österreich als die „Wiege der Ländlichen Entwicklung und dessen, was man zweite Säule der Agrarpolitik nennt“. Diese Tradition von ländlicher Entwicklung, vielleicht auch von Pflege und von Bewusstsein für die Kulturlandschaft gibt es in dieser Form in vielen europäischen Ländern nicht. Folglich fehlt dort häufig der politische Wille, diesen sinnvollen und zukunftsweisenden Politikansatz der EU zu unterstützen. Das hat sich bei der monatelangen Diskussion um die Finanzielle Vorausschau der EU für den Zeitraum 2007–13 gegen Ende des letzten Jahres als gravierendes Problem erwiesen.

Das, was wir Naturschützer schützen, ist oft nicht Natur pur. Es ist zum allergrößten Teil etwas, das „Kultur“ ist. Vieles, was Naturschützer erhalten wollen, ist die Folge landwirtschaftlicher Aktivitäten – allerdings von solchen, die heute kaum mehr konkurrenzfähig sind. Viele dieser Produktionen, die Artenvielfalt geschaffen und gefördert haben, sind auf dem absteigenden Ast oder quasi schon verloren gegangen. Die Frage muss also lauten: „Wie bringt man Landwirtschaft und Naturschutz wieder zusammen?“

Das ist die Aufgabe, vor der die Politik steht. Und es muss ge-

meinsame Aufgabe von Bauern – ich spreche bewusst von Bauern und nicht von Agrarindustriellen – und Naturschützern sein, dafür zu kämpfen, dass es wieder passend wird, dort wo es nicht mehr passend ist.

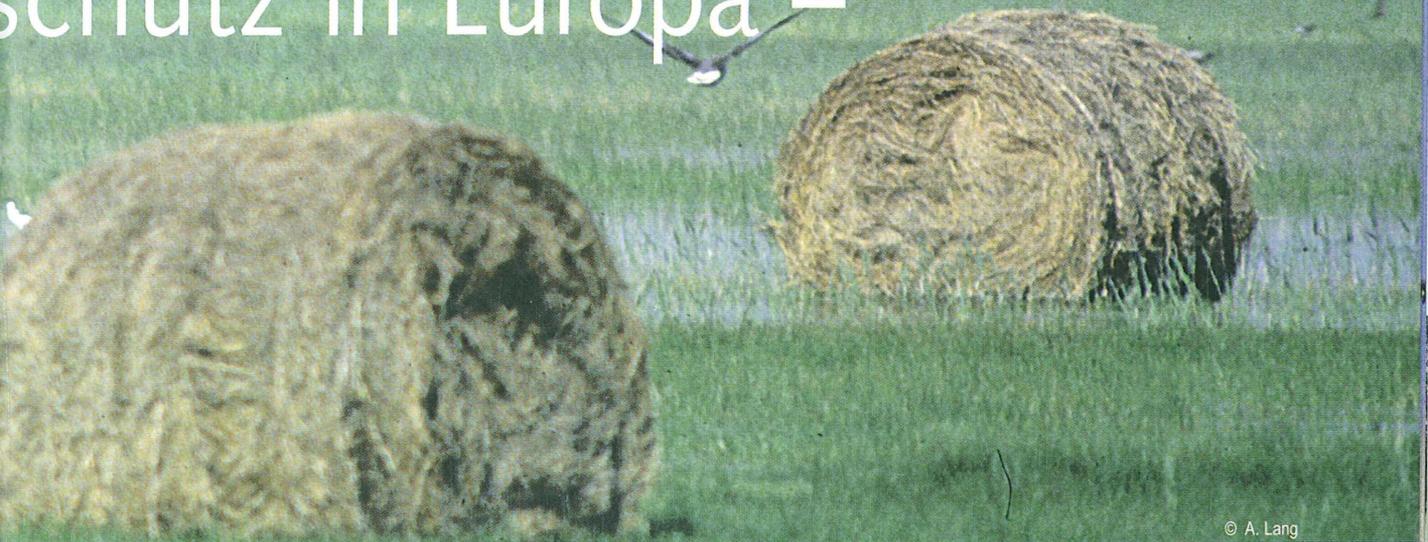
ES WAR EIGENTLICH NICHT ZIEL DER AGRARPOLITIK, Landwirtschaft und Naturschutz zusammenzubringen bzw. aktiv Naturschutz zu betreiben, als diese 1957 auf der europäischen Ebene entwickelt worden war. Ziel war vielmehr, eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion und -versorgung innerhalb der Europäischen Union zu bewerkstelligen sowie Arbeitskräf-

te im landwirtschaftlichen Bereich für die damals schnell wachsende Industrie freizusetzen. Die Zeiten haben sich verändert und die aktuelle Frage ist, wie Landwirtschaft und Naturschutz heute zueinander passen und wie bestehende Konflikte bereinigt werden können. Denn es gibt durchaus gravierende, durch die Landwirtschaft verursachte Umwelt- und Naturschutzprobleme, und zu deren notwendiger Lösung muss die Agrarpolitik beitragen.

© I.Hagenstein



Naturschutz in Europa –



© A. Lang

Der Natur in Europa geht es schlecht

Die „Roten Listen der bedrohten Tier- und Pflanzenarten“ werden immer länger. In ihrer Mitteilung zur Überprüfung der Umweltpolitik 2003 schreibt die EU-Kommission, dass die derzeitigen Agrar- und Fischereipraktiken eine erhebliche Belastung für die biologische Vielfalt darstellten und sie nachhaltiger gestaltet werden müssten. Die Kommission gesteht auch ein, dass sich die Umsetzung der Vogelschutz- und Habitatrichtlinien in Form von Natura 2000 als schwierig erwiesen habe. Verstöße gegen diese beiden Gesetze machen über ein Viertel der Fäl-

le in Europa aus, in denen die Kommission gerichtliche Schritte einleiten muss. Ein Viertel aller Strafverfahren auf EU-Ebene betrifft den Naturschutz innerhalb Europas. Das zeigt mehr als deutlich, dass Konflikte vorhanden sind.

Die Landwirtschaft gibt es nicht

Für die Beantwortung der Frage, ob Landwirtschaft und Naturschutz nun Verbündete oder Gegner sind, ist es nötig, fein zu differenzieren. Es gibt wettbewerbsfähige Landwirtschaftspraktiken und weniger wettbewerbsfähige Landwirtschaftsme-

thoden. Bringt möglicherweise die wettbewerbsfähige Landwirtschaft Konflikte mit sich und birgt die weniger wettbewerbsfähige Landwirtschaft vielleicht ein geringeres Konfliktpotenzial? Klar ist: Die Landwirtschaft gibt es nicht, noch weniger die Europäische Landwirtschaft. Es gibt sehr verschiedene Formen von Landwirtschaft, mit unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit und mit unterschiedlicher ökologischer Relevanz – gerade das macht die Vielfalt Europas aus.

GLÜCKLICHE KÜHE ALS MILCHPÄCKCHEN-IDYLLE.

Lassen Sie uns mal einige Bei-

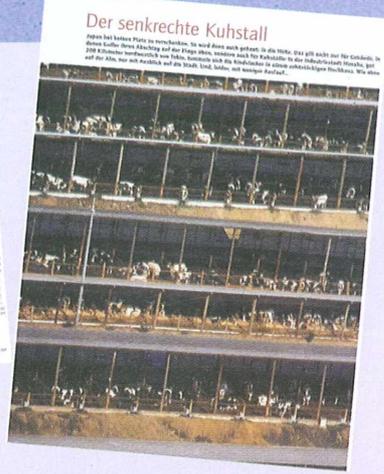
Ländliche Entwicklung heißt Geld für besondere Leistungen, z. B. das Stilllegen von Agrarflächen (Mitte).

Koteletts aus dem vierten Stock

In den Nachrichten wurde mit großer Spannung über den Bau eines riesigen Delta-Parks in Holland berichtet. Die Landwirte sind begeistert, denn das Projekt ist ein ökologischer Wendepunkt.



Das Delta-Park-Projekt ist ein ökologischer Wendepunkt. Die Landwirte sind begeistert, denn das Projekt ist ein ökologischer Wendepunkt.



Der senkrechte Kuhstall

Immer das gleiche Platz zu erreichen. So wird alles noch geben. In die Höhe. Das gilt nicht nur für Gebäude, in 2008 können auch die Tiere auf den vertikalen Ebenen gehalten werden. Die vertikalen Ebenen sind durch Treppen verbunden, auf die die Tiere, nur mit Anlauf, auf den Treppen hoch und runter laufen.

Ein Beispiel aus Japan zeigt uns einen senkrechten Kuhstall (Kühe stehen dort in 8-stöckigen Anlagen), eine völlig andere Halteform als die Weidewirtschaft, aber dennoch nennt man dies „Landwirtschaft“, auch wenn es nichts mehr mit „Land“ zu tun hat.

Faksimile des Spiegel-Artikels über Entwicklungspläne für Intensivhaltung von Nutztieren

spiele von Landwirtschaft betrachten, um uns ihres breiten Spektrum bewusst zu werden: Die Werbung für Milchprodukte arbeitet mit Bildern: Sie zeigt Kühe, die auf Grünland stehen, die weiden. So wie wir Menschen es uns vorstellen. Das Bild auf den Milchpäckchen entspricht dem geläufigen Bild von Landwirtschaft, von Milchproduktion, das die Menschen im Kopf haben. In der Tat wurden in Deutschland vor 25 Jahren rund 90 % aller Milchkühe so gehalten, d. h. 9 von 10 Kühen standen damals auf der Weide! Heute aber sind es maximal noch 30 %. 70 % aller Milchkühe in Deutschland werden mit Kraftfutter, z. B. Maissilage, gefüttert. Darauf deutet auf der Milchtüte nichts hin, aber diese Veränderung hat Folgen, sowohl für die Milchqualität als auch für die Landschaft, insbesondere für das Grünland. In

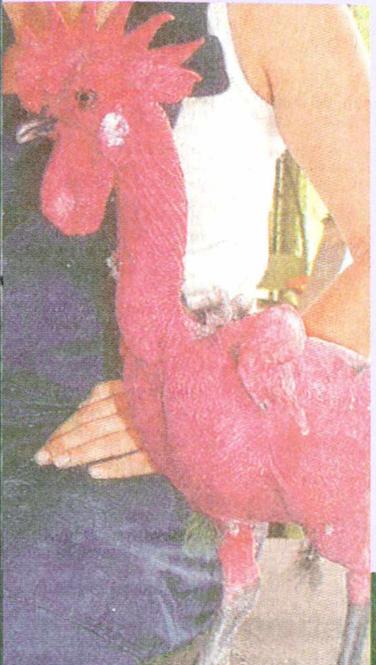
Deutschland sind die ökologisch wertvollen Grünlandflächen stark rückläufig.

DAS NACKTE HUHN, das Gänsehaut bekommt, ist laut israelischen Forschern die „Zukunft der Hühnerproduktion“. Diese kuriosen Tiere sind weniger hitzeempfindlich und haben weniger Fettgewebe als herkömmliche Hühner, sie sollen ernährungsphysiologisch für den Menschen „Vorteile“ haben. Ein nacktes, federloses Huhn erspart dem Verarbeiter nach dem Schlachten das Federrupfen. Das ist ein Szenario für zukünftige wettbewerbsfähige Landwirtschaft!

rei, Verladestation etc.), in der ersten bis dritten Etage Schweinemast und Hühnerhaltung, in der vierten Etage Champignonzucht und in der fünften bis siebenten Etage Gemüseproduktion eingepflanzt (fehlt nur noch oben drauf ein Hotel für „Urlaub auf dem Bauernhof“). Ein geschlossenes System, ein „Ökosystem“, in dem man unglaublich produktiv wirtschaften kann. Wie gesagt: Futtermittel kommen vorn rein, hinten dran kann man effektive Kläranlagen bauen. Man kann Filteranlagen installieren, nutzt das CO₂ der Schweine, um das Pflanzenwachstum beim Gemüse voranzutreiben. Ist das die zukünftige Form der wettbewerbsfähigen Landwirtschaft? Schafft sie oder löst sie Naturschutzprobleme? Da fährt kein Traktor mehr, da wird kein Vogelgelege überfahren, da wird nichts mehr umgemäht.

KOTELETTS AUS DEM 4. STOCK. Es stellt sich die Frage, wo zukünftig solche Tiere gehalten werden sollen. In Holland gibt es laut einem Artikel des Nachrichtenmagazins Der SPIEGEL (Überschrift: „Koteletts aus dem 4. Stock“) Entwicklungspläne für so genannte Delta-parks. Das sind Fabrikationsanlagen direkt in Häfen, etwa 1.000 m lang und 400 m breit. Die Lage am Meer ermöglicht es Schiffen, direkt anzulanden und Futtermittel löschen zu können. Diese geplanten Anlagen bestehen im Prinzip aus einem riesigen, siebenstöckigen Gebäude. Im Keller will man Fischzucht betreiben, im Erdgeschoss hat man die gesamte Logistik (Schlachte-

IST DAS ÜBERHAUPT NOCH LANDWIRTSCHAFT? Es hat mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts mehr zu tun, aber es beeinflusst natürlich die Wettbewerbsfähigkeit von jenen, die auf eine natürliche Art und Weise Landwirtschaft betreiben. Etwa polnische Bauern, die mit ihrer extensiven Wirtschaftsweise dazu beitragen, dass dort 25 % des Weltbestandes an Weißstörchen zu Hause sind. Es gibt im Nordosten Polens eine besonders angepasste Kuhrasse, die qualitativ



Das nackte Huhn, laut israelischen Forschern die „Zukunft der Hühnerproduktion“

hochwertige Milch liefert, aus der sehr guter Käse hergestellt wird. Allerdings ist ihre Milchleistung sehr gering, andererseits wird diese Kuh auch zu Landschaftspflegezwecken eingesetzt. Natürlich wird der Bauer, der mit dieser Kuh sehr naturschutzgerecht wirtschaftet, Schwierigkeiten haben, denn die Agrarindustrie setzt mit billigsten Preisen seine Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft weiter unter Druck.

Die gezeigten Beispiele dokumentieren die Vielfalt von dem, was man Landwirtschaft nennt. Und zeigen klar, wie die Wettbewerbsfähigkeit jeglicher Landproduktion beeinflusst wird.

Was hat die Politik in der Vergangenheit gefördert?

Obwohl auf Grünland im Prinzip tendenziell umwelt- und naturschutzverträglicher produziert werden kann, wird die Milchproduktion im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit davon entkoppelt. Wurden umweltkonforme, naturschutzgerechte Produktionen gefördert? Die Agrarpolitik und die damit verbundenen Subventionen haben in der Vergangenheit die Landwirtschaft in eine ganz bestimmte Richtung entwickelt. Wettbewerbsfragen erhielten den Vorzug gegenüber Umweltgedanken. Grünland zum Beispiel bekam in der Vergangenheit keine Subvention, Mais dagegen schon. Es gab Zahlungen für die Produktion von Mastbullen, nicht aber für die Milchkuh. Das bedeutet auch, dass ganze Regionen quasi im Windschatten von europäischer Agrarförderung lagen: z. B. Ostfriesland als Gründlandregion im Nordwesten Deutschlands.

Bei den Direktzahlungen innerhalb der Landwirtschaft be-

obachten wir sehr unterschiedliche Förderungshöhen; neben der ökologischen Frage stellt sich also auch die soziale Frage. In der EU bekommt über die Hälfte der Bauern, genau genommen 53,8 %, pro Jahr weniger als 1.250 Euro an Direktzahlungen. Diese 50 % erhalten insgesamt gerade einmal 4 % aller Direktzahlungen der EU. Am anderen Ende der Skala liegen die Bauern, die über 300.000 Euro bekommen. Ihre Zahl kann man statistisch gar nicht mehr erfassen, es sind 0,00 %. In realen Zahlen ausgedrückt sind es EUweit ca. 3.000 Betriebe. Vom Gesamtfördervolumen holen sie sich auch 4,3 % ab. Also genauso viel wie die 50 %.

Extreme Unterschiede gibt es auch in meinem Heimatland Deutschland. 80 % der deutschen Landwirtschaftsbetriebe bekommen pro Jahr weniger als 10.000 Euro an Förderung, sie erhalten zusammen 25 % des Volumens. 2,2 % der Betriebe bekommen 50.000 Euro und mehr. Diese 2 % der Betriebe holen 40 % des gesamten Volumens ab. Es entsteht folglich neben der ökologischen Diskussion auch eine Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit. In Österreich gibt es im Vergleich dazu gerade einmal 6 % der Betriebe, die mehr als 10.000 Euro bekommen. Es handelt sich also um eine ganz andere Struktur, eine ganz andere Voraussetzung.

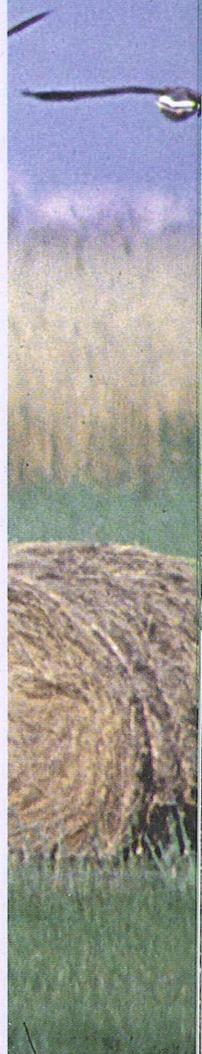
ZIELKONFLIKTE. Viele betriebswirtschaftlich sinnvolle Dinge, die Wettbewerbsfähigkeit herstellen oder Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sind nicht immer kompatibel mit Naturschutzinteressen. Genau hier entstehen Zielkonflikte. Multifunktionalität ist nicht identisch mit betriebswirtschaftlicher Rentabilität, oft ist genau das Gegenteil zutreffend. Das heißt, ein Land-

wirt, der multifunktional ist, der Landschaftskultur, Landschaftsbild und Naturschutzinteressen mitberücksichtigt, geht das Risiko ein, bestimmte Einnahmen nicht erzielen zu können bzw. nicht erzielen zu dürfen, wenn beispielsweise Natura 2000-Auflagen zu berücksichtigen sind.

WO LIEGT folglich die Herausforderung für die Politik in Zukunft? Wie kann der Gesellschaft vermittelt werden, dass das Geld, das in Form von Steuergeldern in die Agrarpolitik fließt, gut angelegt ist und dass breite Kreise von Landwirten ebenso wie die Umwelt davon profitieren?

Aufgabe der Politik wird es sein, die 45 Mrd. Euro, die jedes Jahr aus Brüssel in den Agrarbereich hineinfließen, so einzusetzen, dass sowohl Natur und Umwelt geschützt werden, aber auch gleichzeitig möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden. Leitbild muss da der bäuerliche Familienbetrieb und nicht die Agrarindustrie sein.

DIE FÖRDER- UND STRUKTURPOLITIK geht aber oft in andere Richtungen. Die größte Agrarinvestition, die die Europäische Union in Deutschland in den letzten drei Jahren unterstützt hat, war die einer deutschen, uns allen bekannten Molkerei: Müllermilch. Müller baut im sächsischen Leppersdorf eine Großmolkerei aus und bekommt von der Europäischen Union 24,1 Mio. Euro an Zuschuss. Die Kommission erklärt, er kriegt das Geld deshalb, weil er 141 neue Arbeitsplätze schafft. Müller hat erklärt, nach erfolgtem Ausbau der Großmolkerei wird er zwei Kleinmolkereien, eine in Niedersachsen und eine in Nordrhein-Westfalen schließen. In Summe gehen dort 200 Arbeitsplätze verloren. D. h. für den Abbau von 60



Arbeitsplätzen bekommt er 24 Mio. Euro Agrarförderung. Auch die Landwirte sind davon betroffen. Sie müssen alle Produktivitätsentwicklungen ausnützen, die Kuh von der Weide holen und sie im Stall lassen, weil dies – zumindest nach herrschender Agrarberatermeinung – wirtschaftlich ertragreicher ist; und sie scheinbar nur so dem Preisdruck, der auch von Großmolkeereien ausgeht, begegnen können. Das ist der Kreislauf, indem sich momentan europäische Agrarpolitik befindet.

Wer soll zukünftig EU-Geld bekommen?

Soll es der Betrieb sein, der versucht, sich weiter betriebswirtschaftlich zu optimieren? Oder muss die Politik nicht jene unterstützen, die tatsächlich multifunktionale Landwirtschaft betreiben, die also Rücksicht nehmen auf viele Erfordernisse im Naturschutz, im Kulturlandschaftsschutz und die auch vielleicht noch mehr Arbeitsplätze erhalten. Die anders sind als jene, die voll durchrationalisiert arbeiten? Dass Naturschützer die zweite Variante fordern, dürfte klar sein. Es stellt sich die Frage, ob die EU-Politik mit der aktuellen Agrarreform dieses Ziel erreicht und ob mit der finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007 bis 2013 der Weg in diese Richtung konsequent bestreitbar bleibt.

Das Agrarförderungssystem steht auf zwei Säulen

Einmal aus der so genannten ersten Säule – Direktzahlungen und Marktordnungen und der zweiten Säule – der Ländlichen Entwicklung. Aus dieser zweiten Säule werden im Gegensatz zur ersten keine Subventionen im herkömmlichen Sinne gezahlt.

Es wird Geld für besondere Leistungen ausgegeben, die von der Gesellschaft gewünscht und von den Bauern erbracht werden, für die es aber keinen Marktpreis gibt. Es werden also Produktionen unterstützt, die besondere Rücksicht z. B. auf Umwelt- und Naturschutzbelange nehmen. Es ist eine Herausforderung, diese zweite Säule und alle damit verbundenen Maßnahmen – z. B. Förderung des Grünlandes – nicht nur zu verteidigen, sondern weiter auszubauen. Aktuell sind 85 % der Ausgaben im Agrarbereich immer noch in der traditionellen ersten Säule positioniert, in der zweiten europaweit gesehen nur ungefähr 15 %.

FÜR ÖSTERREICH sieht das Verhältnis anders aus, hier fließen ungefähr 60 % der Gelder, die aus Brüssel kommen, in die zweite Säule. Deutschland liegt ungefähr im europäischen Durchschnitt. Es gibt aber auch andere Länder, wie Dänemark, Belgien, Großbritannien oder die Niederlande, die quasi kaum Geld in der zweiten Säule verwenden, die gar keine „Ländliche Entwicklung“ haben. Viele Staaten in Europa wissen gar nicht, was die zweite Säule ist, was Agrarumweltprogramme bedeuten. Beim Blick nach Osteuropa erkennt man nur sehr geringe Initiativen, um Programme in der zweiten Säule zu entwickeln und zu nutzen.

Programme in der zweiten Säule erfordern zunächst einmal Ideen. Nicht jedes Land verfügt über die jahrzehntelangen Erfahrungen, auf die Österreich verweisen kann. Ideen sind dann in Programme umzusetzen. Programme müssen in Brüssel abgezeichnet werden. Man muss dann Berater haben, die nach draußen gehen und die Programme bekannt machen. Man braucht eine Verwaltung, die die

Programme umsetzt und man braucht auch einen Kontrollaufwand. Man muss Maßnahmen aus der 2. Säule – im Gegensatz zu den Direktzahlungen aus der 1. Säule – zudem mit nationalen Mitteln kofinanzieren. All das bedeutet einen großen Aufwand und ein Bewusstsein, dass dies der richtige Weg in die Zukunft ist. In Polen ist dieses Bewusstsein beispielsweise nicht vorhanden. Dort verteilt der Landwirtschaftsminister lieber das Geld, dass zu 100 % aus Brüssel kommt; und lässt sich dafür von den Bauern feiern, die für quasi nichts etwas bekommen. Eine angenehme Aufgabe, aber keine zukunftsweisende Politik.

Verteidigen wir die 2. Säule!

Es ist die große Aufgabe, die zweite Säule der GAP, die ganz entscheidend von Franz Fischler entwickelt wurde, zunächst einmal zu verteidigen. Diese Aufgabe stellt sich, weil in vielen Ländern Europas derzeit ein Potenzial gesehen wird, genau hier Ausgaben zu kürzen.

FRANZ FISCHLER hatte bei der Präsentation seiner Vorstellungen zur Agrarreform noch die Position vertreten, man müsste 20 % der Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule verlagern, um sie zu stärken. Den Mitgliedsstaaten wurde ferner eingeräumt, im Rahmen dieser Reformbeschlüsse (Artikel 69) weitere 10 % der Ausgaben aus der ersten Säule für Maßnahmen zu verwenden, die aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes, des Tier- und Verbraucherschutzes und für den vorbeugenden Gesundheitsschutz notwendig wären, zum Beispiel Beweidungs-



prämien. Konsequenter angewendet wären es so 30 % der Mittel gewesen, die man zusätzlich aus der ersten in die zweite Säule verlagert hätte. Das wäre eine echte Entwicklung gewesen.

Bloß die Realität sieht leider anders aus: Wir sind bei nur 5 % so genannter Modulationsmittel gelandet, nicht bei 20 %; und von Artikel 69 macht kaum ein Mitgliedsstaat Gebrauch!

Die Bedeutung dieser zweiten Säule – für die Entwicklung der ländlichen Räume und gerade für den Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen – muss erst noch verstärkt in das Bewusstsein vieler Politiker gelangen!

ES GIBT AUCH Herausforderungen in der ersten Säule. Sie ist so zu gestalten, dass der Steuerzahler erkennt, warum es Sinn macht, dort Zahlungen zu tätigen. Die gesellschaftliche Akzeptanz muss gestärkt werden, gerade vor dem Hintergrund der Sparwelle. Doch hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz sehen Naturschützer derzeit extreme Probleme.

Bei der ersten Säule hat es bekanntlich die so genannte „Entkopplung“ der Zahlungen gegeben. Bisher waren Zahlungen an die Herstellung von bestimmten Produkten wie Mais oder Getreide gebunden. Die Entkopplung trennt nun die Zahlungen an die Landwirte vom Anbau bestimmter Kulturen bzw. vom Halten bestimmter Nutztiere. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, das Geld zu verteilen. Mit der „traditionellen“ Betriebsprämie, was bedeutet, dass die Bauern das Geld weiter bekommen, das sie in der Vergangenheit erhalten haben, ohne dass sie allerdings verpflichtet sind, die Produkte anzubauen, die bisher Voraussetzung für die Zahlungen waren. Die

zweite Möglichkeit ist die „Flächenprämie“, wie sie in Deutschland eingeführt wird. Naturschützer meinen, eine Flächenprämie, die an gewisse ökologische Standards gebunden ist, sei der richtige Weg.

Doch für beide Ansätze sollte gelten, dass ein staatlicher Geldtransfer, wie er in der Landwirtschaft stattfindet, an etwas gekoppelt sein muss. Es kann keine totale Entkopplung geben, um gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Ein Landwirt kann sich doch wohl nicht ernsthaft hinstellen und fordern, er wolle das Geld, das er in der Vergangenheit bekommen hat, auch zukünftig bekommen, ohne der Gesellschaft etwas dafür zu bieten.

Naturverträgliche Landwirtschaft kostet Geld!

Die EU hat genau genommen dies auch akzeptiert und deshalb die sog. Cross-Compliance-Kriterien eingeführt. Das heißt, der Landwirt muss 18 europaweit geltende Gesetze einhalten. Tut er es nicht, krieg er von seinem Prämienvolumen etwas abgezogen. Da allerdings die Einhaltung von Gesetzen etwas Selbstverständliches ist kann dieses Kriterium wohl kaum als Begründung für Geldflüsse herhalten. Da müssen andere, gesellschaftlich akzeptierbare Gegenleistungen durch bäuerliche Aktivitäten her, um die EU-Zahlungen zu rechtfertigen. Eine Diskussion über eine Neuausrichtung, über eine Verschärfung der Standards, an die die zukünftigen Zahlungen geknüpft sind, ist folglich unumgänglich. Sie wird unweigerlich kommen, sie sollte gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften geführt werden. Verstärkt sollten Arbeitsplatz-, Umwelt- und Naturschutzfragestellungen daran gekoppelt werden. Es ist klar: mul-

tifunktionale Landwirtschaft kostet Geld; und in den Lebensmittelpreisen sind weder die positiven noch die negativen Folgekosten, die die unterschiedlichen Landwirtschaftspraktiken verursachen, enthalten. Die europäischen Bauern sind aber aufgrund des bestehenden Preisdruckes darauf angewiesen, dass das, was sie für die Gesellschaft an zusätzlicher Leistung erbringen, auch abgegolten wird.

Die Weichen werden jetzt gestellt

Mit der neuen finanziellen Vorausschau 2007–2013 werden derzeit in Brüssel die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Im jetzigen Finanzzeitraum (2000 bis 2006) stellen die Mitgliedsstaaten jeweils 1,24 % des Bruttonationaleinkommens für die Finanzierung des EU-Haushaltes zur Verfügung. Dieses Geld wird nach bestimmten Kriterien über die Agrarpolitik, die Strukturfonds und die anderen Politikbereiche der EU an die einzelnen Länder ausgezahlt. Es gibt Nettozahler, die mehr einzahlen, als sie zurückbekommen sowie Nettobezieher, die weniger Geld einzahlen, als sie von der EU erhalten. Die Kommission hat ihren Vorschlag für den Finanzzeitraum 2007–2013 wieder auf diesen 1,24 % aufgebaut. Doch die Nettozahler drängen angesichts der angespannten Finanzlage auf Sparmaßnahmen, um die Kosten für das gemeinsame Europa zu senken.

DIE ERSTE SÄULE der Marktordnungen macht den größten Teil der Agrarausgaben aus. Besonders Großbritannien und Frankreich wollen hier nicht mit sich diskutieren lassen. Auch die von der Kommission vorgesehenen Ausgaben für Wachstum und Beschäftigung sollen nicht ange-

Lebendviehtransporte: Die EU-Kommission hat nun die Einstellung der Exporterstattungen vorgeschlagen. Jetzt müssen allerdings die Mitgliedsstaaten zustimmen – dann gehört das subventionierte Tierleid zumindest in Europa endlich der Vergangenheit an!
© NaStLinz



tastet werden: der Ausbau von Infrastrukturen und transeuropäischen Netzen für Straßen, Energie, Schienen- und Flugverkehr ist den Politikern „natürlich“ wichtiger als z. B. die Natura 2000-Umsetzung.

Die Ländliche Entwicklung steht unter Druck

Und zwar so sehr, dass Naturschützer bereits vom möglichen Ende der Ländlichen Entwicklung sprechen. Die Politik von Franz Fischler stünde vor dem Aus, wenn weitere Überlegungen der EU-Staaten Wirklichkeit werden sollten.

NATURA 2000. Dieses Naturschutznetzwerk ist davon betroffen, soll es doch zukünftig aus dem Topf „Ländliche Entwicklung“ mitfinanziert werden. Doch wo kein Geld, da keine Ausgaben! Wir wissen: 1992 wurde Natura 2000 als „Naturschutznetzwerk für Europa“ auf Basis der Vogelschutzrichtlinie (1979) und der FFH-Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat, 1992) entwickelt und von allen Mitgliedstaaten beschlossen, um dem massiven Rückgang der Biodiversität entgegen zu wirken. Von den Landwirten wird dabei erwartet, dass sie keine negativen Veränderungen an Natura 2000-Flächen vornehmen. Diese Maßnahmen kosten Geld und erfordern einen Ausgleich. Die Kommission berechnete 6,1 Mrd. Euro pro Jahr – 5,8 Mrd. sind für die alten Mitgliedstaaten konzipiert, 0,3 Mrd. für die neuen. Die Realität wird höhere Kosten mit sich bringen.

Wie sollen die Kosten finanziert werden? Die EU will bestehende Fonds, wie den Fond der Ländlichen Entwicklung (also Agrar-Umwelt-Programme etc.) und die Strukturfonds nutzen. Die Kommission will im vorge-

legten Finanzplan 2007 bis 2013 die zweite Säule nicht weiter ausbauen, sondern nur stabilisieren. Natura 2000 ist aber als neu zu finanzierende Aufgabe dazukommen und wird folglich viel von dem Geld, was momentan für die anderen Maßnahmen im Bereich der ländlichen Entwicklung ausgegeben wird, absorbieren. Ein klarer Konflikt, der sich hier abzeichnet.

Der Nutzen übersteigt die Kosten

Wenn man die Natur in Europa erhalten will – und dazu haben sich alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, als sie diese Richtlinien angenommen haben – dann muss man das nötige Geld auch zusätzlich zur Verfügung stellen. Natürlich müssen dabei die Ausgleichszahlungen an die Landwirte genau definiert und auch zweckgebunden sein. Landwirte müssen für die Leistungen, die sie im Bereich des Naturschutzes erbringen und die ja von der Gesellschaft akzeptiert werden, finanziell unterstützt werden. Es muss dabei immer wieder betont werden, dass es sich nicht um klassische Subventionen, sondern um die Abgeltung konkret erbrachter Leistungen für die Gesellschaft handelt. Die Kommission schreibt in ihrer Mitteilung zur „Finanzierung von Natura 2000“, dass der Nutzen von Naturschutzmaßnahmen in Europa die Kosten übersteigen wird. Es muss gelingen, deutlich zu machen, dass „Natura 2000“ auch die Keimzelle von Regionalentwicklung ist. Bisher sagen Politiker gerne, Naturschutz könne man sich nur dann leisten, wenn es der Gesellschaft wirtschaftlich gut geht. Die Zukunft muss darin liegen, mit Naturschutzmaßnahmen Regionalentwicklung zu betreiben, Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. Ein Na-

turschutz, der darauf beruht, dass an anderer Stelle Wirtschaftswachstum (ggf. mit Umweltzerstörungen) erzeugt und damit Naturschutz finanziert wird, ist ein Naturschutzansatz, der zum Scheitern verurteilt ist.

ES GIBT IMMER NOCH VIEL GELD in Europa zu verteilen.

Aber der gesellschaftliche Druck auf die Ausgaben und folglich die Einforderung einer Erklärung, wofür des Steuerzahlers Geld ausgegeben wird, wird schärfer. Und das ist auch gut so!

Landwirte und Naturschützer können davon sogar profitieren. Denn gemeinsam könnten sie der Gesellschaft gut vermitteln, dass viele Investitionen in Landwirtschaft und Umwelt positiv für die Gesellschaft sind. Das könnte den Politikwandel mit sich bringen, den Franz Fischler sich vorgestellt hat. Das gelingt aber nur, wenn tatsächlich genügend Argumente und Fakten geliefert werden. Deshalb komme ich auch gerne nach Österreich, um weitere Argumente für eine zukunftsgerichtete und innovative Regionalentwicklung zu finden, die ich nach Deutschland mitnehme. Es ist in der Tat bestinvestiertes Geld, viele kleine Arbeitsplätze zu schaffen, die in der Summe dann etwas Großes bewegen. Also lassen Sie uns kämpfen für eine Neuausrichtung, eine Neugestaltung der Politik, die Landwirtschaft und Naturschutz in Zukunft passend macht.

Autor: DI Lutz Ribbe, Direktor der umweltpolitischen Abteilung von EURO-NATUR und Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU, Lutz.Ribbe@euronatur.org. Auszüge aus seiner Rede vom 14. März 2005 in Wien im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Landwirtschaft und Naturschutz in Europa – passt das zusammen?“

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 2005

Band/Volume: [2005_6](#)

Autor(en)/Author(s): Ribbe Rutz

Artikel/Article: [Landwirtschaft und Natur - passt das zusammen? 14-20](#)